

12 Forderungen um den aktuellen Preiserhöhungen nachhaltig etwas entgegen zu setzen und einen sozialen Ausgleich zu schaffen.

1. Das Energiewirtschaftsgesetz muss reformiert werden! Der Verkauf von Strom an der Börse muss unterbunden werden, der Strom sollte zum erzeugten Preis an die Verbraucher abgegeben und die Stromproduktion und -verteilung wieder unter lokale Verwaltung gestellt werden. Die Abnahme von teuer produzierten Strom ist zu subventionieren. Erneuerbare Energien – die mitunter am günstigsten Strom erzeugen – müssen ausgebaut und subventioniert werden.

2. Die Kontrolle der Benzinpreise durch die Mineralölkonzerne muss gebrochen werden! Bereits vor 10 Jahren hat das Bundeskartellamt festgestellt, dass die Konzerne ihre Macht ausspielen um unverhältnismäßig hohe Preise willkürlich festzulegen. Nicht eine Steuersenkung schafft hier Entlastung – das vergrößert nur die Gewinne der Konzerne – sondern eine festgelegte und sozialverträgliche Preisobergrenze.

3. Lohnerhöhungen über den Inflationsausgleich hinaus in allen Bereichen! Die Inflationsrate lag im Juli 2022 bei 7,5%. Die Lohnerhöhungen sollten nicht nur die Preissteigerungen abfedern, sondern auch soziale Sicherheit bieten, weshalb sie bei mindesten 17% liegen müssen – in allen Branchen.

4. Sachmittelgutscheine für alle Arbeiter! Die Unternehmen können ohne Sozialabgaben zahlen zu müssen, Sachmittelgutscheine für Lebensmittel oder Benzin bis zu 50€ an die Angestellten ausgeben, die Gutscheine müssen nicht versteuert werden. Je nach Bedürfnis sollten alle frei wählen, welche Form von Sachleistungen sie von den Firmen beziehen wollen.

5. Erhöhung der Sozialleistungen! Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II müssen deutlich angehoben werden. Das ALGI sollte dabei dem vorherigen Nettoeinkommen angeglichen werden. Der ALGII Regelsatz muss um mindestens 400€ angehoben werden, die verbliebenen Sanktionen müssen abgeschafft werden. Die Sätze für Mieten und die Größe der Wohnung die bezogen werden dürfen, müssen angehoben werden. Ebenso muss Wohngeld einfacher zugänglich gemacht und die Sätze angehoben werden.

6. Das Bafög muss erhöht werden! Die Leistungen reichen hinten und vorne nicht, Studierende sind hierdurch gezwungen, neben einem Vollzeitstudium noch in prekären schlecht bezahlten Jobs zu arbeiten. Der Bafög-Satz muss drastisch nach oben korrigiert werden, auf 1300€ (mit eigener Wohnung und eigener Krankenversicherung) bzw. 1000€ (mit Wohnsitz bei den Eltern und Familienversicherung).

7. Lebensmittelpreise müssen gedeckelt werden! Die Preise für Lebensmittel sind um 14,8% gestiegen, es muss ein Preisdeckel festgelegt werden, um sicherzustellen, dass alle Menschen sich angemessen ernähren können.

8. Her mit dem bundesweiten Mietendeckel! Das Modell, welches in Berlin auf Landesebene eingeführt, allerdings durch die Gerichte ausgehebelt wurde, muss nun bundesweit eingeführt werden. Es konnte in Berlin nicht langfristig greifen, da es Bundes- nicht Landessache ist. Jetzt ist genau der Zeitpunkt, an dem wir einen bundesweiten Mietendeckel brauchen.

9. Kostenloser ÖPNV für alle! Der öffentliche Nahverkehr muss allen Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen und weiter ausgebaut werden. Die zahlreichen Bahnlinien die in den 90er Jahren in Ostdeutschland (teilweise auch in Westdeutschland) stillgelegt wurden, müssen wieder in Betrieb genommen werden.

10. Subvention der Landwirtschaft! Die hiesige Landwirtschaft sollte gefördert werden, um nicht unter dem Druck der Supermarkt-Kartelle immer weiter ausgebeutet werden. Nicht nur, aber besonders nachhaltige und ökologische Produktion muss hierbei gefördert und ausgebaut werden.

11. Keine 100 Milliarden fürs Militär! Statt so viel Geld in die Rüstungsindustrie und den Apparat der Armee zu pumpen, muss das Geld genutzt werden um die oben genannten Forderungen zu finanzieren und um dringend notwendige Investitionen im Bildungssektor zu tätigen.

12. Vermögensteuer wieder eintreiben! Die Vermögensteuer wurde nie abgeschafft. 1997 entschied sich die Regierung nur dazu, sie nicht weiter zu erheben – statt, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, Immobilienvermögen stärker zu besteuern. Die Vermögensteuer muss wieder erhoben werden – und zwar an die Entwicklungen angepasst, also deutlich höher als früher. So lassen sich die sozialen Ausgleichszahlungen problemlos finanzieren.